

# Pressemitteilung

vom 22. August 2008



**Fraktion im Kreistag Neuss**

## **GRÜNE: Land lässt Arbeitslose im Stich**

Landesfinanzierung wird endgültig zum 30. September 2008 eingestellt

"Ein schwarzer Tag für unsere Arbeitslosenberatungsstelle im Rhein-Kreis Neuss“, kritisiert der Kreistagsabgeordnete und sozialpolitische Sprecher Martin Kresse die Entscheidung der CDU und FDP-Mehrheit im zuständigen Fachausschuss des Landtags vom 20. August diesen Jahres. Damit sei eine Weiterfinanzierung mit Landesmitteln über den 30. September 2008 hinaus ausgeschlossen. Im Rhein-Kreis Neuss ist die Beratungsstelle an der Drususallee 81 in Neuss betroffen.

Der Evangelische Kirchenkreis Gladbach–Neuss hat erfreulicherweise eine Weiterfinanzierung bis zum 31.12.2009 auf seiner Herbst-Synode 2007 beschlossen.

Kresse weiter: „Wenn bis dahin keine weiteren Zuschüsse durch andere Träger, z.B. ARGE oder Rhein-Kreis Neuss, fließen, wird die Beratungsstelle ihre Arbeit zu diesem Termin einstellen müssen.“

Die sachkundige Bürgerin der GRÜNEN Kreistagsfraktion, Angela Stein-Ulrich, kritisiert dass dann die Arbeitslosen und deren Familien im Rhein-Kreis Neuss ohne Ansprechpartner dastehen. „Es ist eine Schande, dass sich das Land hier aus der Verantwortung stiehlt und die Menschen mit den oft schwerwiegenden und rechtlich äußerst komplizierten Fragen, die sich bei bestehender oder bevorstehender Arbeitslosigkeit den Betroffenen stellen, im Stich lässt.“

Zuvor hatte Minister Laumann immer wieder betont, keine Beratungsstelle und kein Zentrum müsse schließen. Nun schieben Landesregierung und schwarz-gelbe Mehrheit den Kommunen und den ARGEN den schwarzen Peter zu.

Barbara Steffens, Fraktionsvize und zuständige Landtagsabgeordnete kritisierte: "Von den Versprechungen ist nichts übrig geblieben. Der von uns eingeforderte und noch geschönte Bericht über die aktuelle Situation zeigt, dass letztlich nur 20 von 183 Einrichtungen über eine gesicherte Weiterfinanzierung verfügen, davon wiederum neun nur bis zum Ende des Jahres. Minister Laumann kehrt gern in bundespolitischen Sozialfragen den Kämpfer heraus, in NRW lässt er die Arbeitslosen im Stich."